

Alexander Häusler/Michael Fehrenschild

# **FASCHISMUS IN GESCHICHTE UND GEGENWART**

EIN VERGLEICHENDER ÜBERBLICK ZUR  
TAUGLICHKEIT EINES UMSTRITTENEN BEGRIFFS

26

## 2.3 Österreich

### *Voraussetzungen für die Entstehung faschistischer Bewegungen*

In Österreich traten bereits vor dem Ersten Weltkrieg zahlreiche Gruppen in Erscheinung, die als protofaschistisch oder sogar als protonationalsozialistisch bezeichnet

werden können. So propagierte zum Beispiel die Alldeutsche Bewegung um Georg von Schönerer gegen Ende des 19. Jahrhunderts Rassenantisemitismus, Führerkult und Antiliberalismus – und Deutsch-Österreich als Teil des Deutschen Reichs in strikter Ablehnung des Vielvölkerstaats Österreich-Ungarn. Auch die Christlich-soziale Partei (CS) unter dem überaus populären Wiener Bürgermeister Karl Lueger bestritt ihre Wahlkämpfe bereits vor der Jahrhundertwende mit antisemitischen Slogans. Auf beide Politiker hat sich Adolf Hitler in «Mein Kampf» positiv bezogen.<sup>18</sup>

Zudem entwickelten sich in Österreich extrem rassistische Zirkel wie die sogenannten Ariosophen, die den «Arier» als Kulturträger identifizierten und ihm vor allem Juden, aber auch Schwarze und Asiaten als Feinde gegenüberstellten (vgl. Goodrick-Clarke 2000). Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass es in Österreich schon vor dem Ersten Weltkrieg in der auseinanderdriftenden Vielvölkermonarchie einen sich als deutschnational artikulierenden Ultrationalismus und – vor allem nach der jüdischen Flüchtlingswelle aus dem Russischen Reich nach der gescheiterten Revolution von 1905 – einen immer extremeren Rassenantisemitismus gab. So war die Hauptstadt Wien einerseits ein Schwerpunkt für Alldeutsche, Rassenesoteriker und Profaschisten sämtlicher Prägungen, hatte aber andererseits auch mit etwa 175.000 Menschen eine der größten jüdischen Gemeinden Europas und eine starke sozialistische Arbeiterbewegung. Der aggressive Einstieg der Habsburgermonarchie in den Ersten Weltkrieg überdeckte in nationalistischer Stoßrichtung nicht zuletzt diese Widersprüche. Die sogenannten Alldeutschen begründeten in Österreich eine an das Deutsche Reich angelehnte Tradition des Rechtsextremismus, während es auch einen rechten, österreichisch-nationalistischen Extremismus gab, der diese Ausrichtung ablehnte. Dem gegenüber stand als gemeinsamer Feind die Linke in Form der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), die vor allem in der Hauptstadt Wien tonangebend war.<sup>19</sup>

### *Der Erste Weltkrieg und seine Folgen*

Die Anzahl der Kriegstoten, -verwundeten und Gefangenen ging auch in Österreich in die Hunderttausende. Die Niederlage sorgte zudem für einen Systemwechsel – und für den Sturz einer Weltmacht in die politische Bedeutungslosigkeit. Wien war im Jahr 1905 die fünftgrößte Stadt der Welt und Zentrum des nach Russland größten Staates in Europa. In der Nachkriegsordnung stellte Österreich nunmehr einen Kleinstaat mit der riesigen Metropole Wien mit etwa zwei Millionen Bewohner\*innen, aber mit landesweit insgesamt nur etwa 6,5 Millionen Einwohner\*innen dar – ein Staat, der von vielen seiner Bürger\*innen als nicht überlebensfähig angesehen wurde.

18 Die politische Szenerie in Wien vor dem Ersten Weltkrieg hat den jungen Hitler beeinflusst. Er besuchte politische Massenveranstaltungen, aber auch das Parlament. Zu den politischen Hintergründen der Stadt Wien und der Doppelmonarchie vgl. Hamann (1999).

19 Vertiefend zu Österreichs Innenpolitik vgl. den Beitrag von Lothar Höbelt in: Cornwall (2004).

Eine mögliche «Lösung» der vor allem enormen ökonomischen Probleme war für fast das gesamte politische Spektrum die Idee des «Anschlusses» an das Deutsche Reich. Die Siegermächte verboten im Zuge der Versailler Nachkriegsordnung Österreich im Vertrag von St. Germain aber genau das.

### *Das Ende der Demokratie*

Österreich litt in den 1920er Jahren an Instabilität. Wie in zahlreichen anderen Staaten in Europa wurde die alte Ordnung am Kriegsende durch eine Revolution beseitigt. Eine Demokratie entstand, die stark von zwei Parteien geprägt war: der SPÖ – sie firmierte bis 1934 als Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs – und der Christlichsozialen Partei als starkem katholisch-konservativen Element, die auch während der Ersten Republik mit Antisemitismus um katholische Wählerstimmen warb. Die große Koalition beider Volksparteien scheiterte schon 1920, danach wurde das Land konservativ regiert, mit der bedeutenden Ausnahme der Hauptstadt Wien, die links dominiert blieb. Bis zum Beginn der Dollfuß-Diktatur bestimmten diese zwei nahezu gleich großen Lager die politische Situation in Österreich.

Zugleich gab es von Beginn an auch eine militante rechte Entwicklung, die sogenannten Heimwehren, die sich als bewaffnete Gruppen zum Beispiel in Tirol gegen italienische, im Burgenland gegen ungarische und in Kärnten gegen jugoslawische Ansprüche gründeten. Sie waren die Keimzelle des späteren sogenannten Austrofaschismus. Diese Heimwehren blieben ein militantes Reservoir, das oft weit rechts von den Christsozialen stand, aber sich insgesamt zumeist nicht großdeutsch orientierte (obwohl manche etwa in Kärnten schon früh mit dem Hakenkreuz marschierten), sondern österreichisch-patriotisch agierte. Sie waren bewaffnet und sahen ihren Feind in der Linken.

Hinzu kam ein oft «Drittes Lager» genannter Teil der Gesellschaft: die österreichischen Nationalsozialisten. Sie waren schon ab 1918 in Form der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) organisiert, die sich bald an der etwas später gegründeten NSDAP im Deutschen Reich orientierte. Der Ursprung dieses österreichischen Nationalsozialismus ist in den verschiedenen nationalistisch-sozialistischen Arbeiterparteien der Vorkriegszeit identifizierbar, als direktes Bindeglied diente die bereits 1903 gegründete Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Die soziale Basis dieser Gruppen war anfangs und bis zum Verbot der Partei 1933 «traditionell kleinbürgerlich» mit Beamte\*innen, Angestellten und Selbstständigen und mit wenigen Arbeiter\*innen, Bäuerinnen und Bauern, was sich nach der Illegalisierung änderte. Die Partei konnte danach eher alle gesellschaftlichen Gruppen zu ihren Aktivist\*innen und Unterstützer\*innen rechnen (vgl. Garscha 2012: 103). Nach der Machterlangung der NSDAP 1933 in Deutschland forderten sie immer vehementer den Anschluss, was jedoch spätestens ab 1933 von der SPÖ, aber auch den anderen Parteien abgelehnt wurde, die sich solche Annäherungen nur mit einem demokratisch verfassten Deutschland vorstellen konnten.

Die Rechte in Österreich war bis 1938 grundlegend gespalten, wobei das Kernproblem die Frage der nationalen Unabhängigkeit Österreichs war. Die Christlichsoziale Partei und die Heimwehren waren gegen die Vereinigung mit NS-Deutschland, die Nationalsozialisten aus Österreich hingegen befürworteten dies. Hier wiederholte sich der alte Konflikt der Alldeutschen Partei, die vehement gegen das Vielvölkerreich der Habsburger eintrat, mit der katholisch-konservativen Rechten, die patriotisch zu Österreich-Ungarn stand. Dieser Konflikt sollte später manchen rechtsorientierten Österreicher in KZ-Haft bringen.

Als dritte Kraft im Land ist bis 1934 die Linke zu nennen, die im Gegensatz zum Deutschen Reich nicht unter einer großen Spaltung litt. Die übergroße Mehrheit der Arbeiter\*innen blieb der SPÖ verbunden, die eher links von der deutschen SPD stand. Die 1918 gegründete Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) war vergleichsweise sehr klein. Aufgrund der ständigen Gewalt vonseiten der Heimwehren und der Nazi-Gruppen stellte auch die SPÖ ab 1923 einen republikanischen Schutzbund auf.

### *Aufkommen und Machterlangung des Faschismus*

Zwischen 1927 und 1934 erodierte das demokratische System immer mehr, was auch in Österreich von der Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit mitverursacht wurde. Schon 1927 gab es ernsthafte soziale Unruhen, als ein Gerichtsurteil gegen Arbeiter für Großdemonstrationen sorgte, in die die Polizei schießen ließ. Dies kostete 89 Menschen, mehrheitlich Arbeiter, das Leben. 1931 gab es dann einen Heimwehraufstand in Kärnten, der mangels Unterstützung durch andere Heimwehrverbände aus anderen Teilen Österreichs scheiterte. Schon 1933 wurde die kleine KPÖ verboten, das parlamentarische System aufgehoben. Im Februar 1934 wurde die SPÖ nach einem kurzen Bürgerkrieg mit Hunderten Toten ebenfalls verboten. Im Juli kam es zum Putschversuch durch die Nationalsozialisten, der scheiterte und in dessen Verlauf Kanzler Engelbert Dollfuß getötet wurde. Dollfuß hatte in den Monaten vorher versucht, sich vor allem am faschistischen Italien zu orientieren, und einen eigenen christlichen Ständestaat als antidemokratische Gesellschaftsform angestrebt, der von seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg weiter vorangetrieben wurde. Die Auswirkungen dieses Systems beschreibt Steven Beller wie folgt:

«Während der Zeit der sozialistischen Herrschaft über Wien galt die Stadt als Zufluchtsstätte für Juden, doch der Aufstieg des ‚austrofaschistischen‘ Regimes Engelbert Dollfuß’ und Kurt Schuschniggs in den 1930er Jahren brachte eine Rückkehr der – zumindest inoffiziellen – antisemitischen Diskriminierung durch den Staat mit sich. Zugleich zielte der Austrofaschismus auf die Bewahrung einer konservativ-katholischen Vorherrschaft über Sozialisten und Nazis.» (Beller 2009: 126)

Bis heute ist die Diskussion über die Intention der Christlichsozialen Partei und ihrer Anführer nicht beendet. Gern wird auf ein Zitat von Schuschnigg (vgl. Flügge 2019:

54) verwiesen, in dem der Kanzler betonte, dass man die braune Welle nur aufhalten könne, indem man das, was die Nazis versprochen und in Deutschland taten, selber machen müsse.<sup>20</sup> Allein auf dieses Argument verkürzt erscheint die Dollfuß-/Schuschnigg-Ära allerdings als verharmlost. Die Repression gegen SPÖ, Linke und auch gegen Nationalsozialisten war zwischen 1934 und 1938 enorm, die Regierung schreckte nicht vor der Errichtung von Lagern für politische Gefangene zurück, wie dem berühmten Lager in Wöllersdorf, in dem im Juli 1934 insgesamt 4.767 Häftlinge einsaßen, eine, gemessen an der Bevölkerungsgröße, hohe Zahl. So betont der Historiker Wolfgang Neugebauer (2012: 305): «Sowohl während der Februartkämpfe als auch im Zuge des Juliputschs kam es zu schweren Übergriffen, die mit Justiz nichts mehr zu tun hatten.» Zudem war 1933 mit der Vaterländischen Front (VF) eine Organisation entstanden, die durchaus faschistoide Züge trug und eine vergleichsweise moderne, am deutschen Nationalsozialismus angelehnte Propaganda organisierte, beispielsweise Massenaufmärsche und entsprechende Symbolik wie Flaggen mit einem sogenannten Krukenkreuz. Doch diese Organisation hatte nicht die Dynamik einer gewachsenen faschistischen Massenbewegung. Sie war auf Befehl von «oben» gegründet worden, sodass zum Beispiel alle Beamten automatisch Mitglieder sein mussten und die Anhänger der nun aufgelösten Heimwehren und Parteien in sie eintreten sollten. Die soziale Basis des Regimes und damit auch der Vaterländischen Front umschreibt der Historiker Jerzy W. Borejsza wie folgt: «Eine Stütze der Diktatur von Dollfuß waren die Vertreter derjenigen sozialen Gruppen, die sich vor allem von links bedroht fühlten, aber gleichzeitig Schutz vor der extremen Rechten suchten, also die Bürokratie, die katholische Kirche, ein Teil der Bourgeoisie und der Landbesitzer.» (Borejsza 1999: 182) Die Vaterländische Front «setzte sich [...] aus vielen Opportunisten und passiven Mitgliedern zusammen» (ebd.: 181). Gleichzeitig blieb ein Teil der Ideologie immer katholisch geprägt: Dementsprechend wurde auch in der Verfassung von 1935 festgelegt, dass Österreich ein christlicher Ständestaat sei. Die Rolle der Frau als Mutter wurde nicht nur propagiert, sondern fand auch in einer entsprechenden antifeministisch motivierten Ausgrenzung von Frauen in der Berufswelt eine praktische Umsetzung.<sup>21</sup>

Für einige Historiker\*innen gilt Österreich zwischen 1934 und 1938 als eine eigene Form des Faschismus, für andere eher als reaktionär-katholisches Regime, Dritte wiederum ziehen es – wie Arnd Bauerkämper in seinem Grundlagenwerk «Der Faschismus in Europa 1918–1945» – gar nicht erst zu Faschismusvergleichen heran. Demgegenüber hält Emmerich Tálos (2012: 400) fest: «Die Nähe zur Ideologie des deutschen und italienischen Faschismus ist unüberschbar.» Insgesamt bleibt in der vergleichenden Faschismusforschung eine gewisse Unsicherheit in Bezug auf Öster-

20 Für eine Beschreibung der letzten Tage Wiens vor dem «Anschluss» vgl. Flügge (2019).

21 Vertiefend zum «christlichen Ständestaat» als Männerstaat vgl. den Beitrag von Irene Bandhauer-Schöffmann in: Tálos/Neugebauer (2012).

reich erkennbar, so erklärt Stanley Payne (2001: 309) im Gegensatz zu Tálos: «Die charakteristischen Doktrinen und Ziele des Faschismus wurden vermieden, denn es bestand nicht die Absicht, einen «neuen Menschen» zu schaffen, der sich vom patriotischen Österreicher unterschied.» Ob der Begriff Austrofaschismus nun gebraucht wird oder nicht, die «Kanzlerdiktatur» (Interview Bauer 2019) ab 1933/34 bedeutete definitiv das Ende der Demokratie in Österreich.

### *Besonderheiten der österreichischen Entwicklung und das Ende des Faschismus*

Die Konflikthaftigkeit des austrofaschistischen Regimes bestand darin, dass es permanent unter Druck seitens NS-Deutschlands stand. Die österreichischen Nationalsozialisten bedrohten Linke wie Rechte im Land, gipfelnd in der Ermordung von Kanzler Dollfuß 1934. Infolge dieses «Juliputsches» wurde die Naziartei zwar verboten, agierte aber bis zum «Anschluss» weiter aus der Illegalität heraus. Zwischen 1934 und 1938 wurde von der NS-Regierung der Druck auf das Land dahingehend immer weiter verstärkt, seine Souveränität aufzugeben und sich NS-Deutschland zu beugen. In letzter Konsequenz wurde der unabhängige Staat Österreich in diesen Jahren zunehmend von Mussolinis Italien als Schutzmacht am Leben gehalten.<sup>22</sup> Als jedoch Hitler die mit Italien strittige Südtirolfrage zurückstellte und Mussolini wegen der internationalen Ächtung seines Abessinienkriegs neue Verbündete suchte, was zur Annäherung beider Regime führte, wurde es immer schwieriger, dem Druck, der bis hin zu Einmarschdrohungen ging, standzuhalten. Als Kanzler Schuschnigg 1938 eine Volksbefragung zur österreichischen Unabhängigkeit ansetzte, beschloss die NS-Regierung schließlich, einen Krieg zu riskieren: Am 11. März 1938 marschierte die deutsche Wehrmacht in Österreich ein. Aber das österreichische Heer blieb in den Kasernen und weder die Westmächte noch Italien griffen ein.

Schuschnigg kam bis Kriegsende in Lagerhaft, der Terror, vor allem gegen die jüdischen Bürger\*innen, setzte sofort und radikal ein. In Österreich wurde die Entwicklung, die in NS-Deutschland über fünf Jahre gebraucht hatte, in wenigen Wochen vollzogen. Das Land wurde kurzum an das Deutsche Reich angegliedert. Die Erwartungen der einheimischen Rechtsextremen auf Eigenständigkeit im Verhältnis zum Deutschen Reich erfüllten sich daher nicht, Karrieremöglichkeiten boten sich jedoch zuhauf: Österreicher waren zum Beispiel in der SS überrepräsentiert und stellten zahlreiches führendes Personal für die NS-Vernichtungspolitik.

### *Der Neuanfang der Republik*

In Österreich wurde das NS-Regime schlicht militärisch von der Roten Armee besiegt, Wien im April 1945 befreit. Nach Kriegsende schaffte es die Zweite Republik, den Mythos vom «ersten Opfer Hitlers» zu popularisieren. Viele Österreicher\*innen

<sup>22</sup> Vertiefend zur Außenpolitik Österreichs vor 1938 vgl. den Beitrag von Karl Stuhlpfarrer in: Tálos/Neugebauer (2012).

waren real Opfer des NS-Regimes gewesen und etwa im Konzentrationslager Mauthausen eingesperrt worden. Allerdings gab es einen gewaltigen Unterschied zu den anderen von NS-Deutschland okkupierten Staaten im Hinblick auf den Stellenwert der Zusammenarbeit mit den Besatzern. Kollaboration existierte überall, wie gesagt gab es sogar gute Aufstiegsmöglichkeiten – zum Beispiel in den besetzten Gebieten West- und Nordeuropas und, vor allem für junge Männer, in der Waffen-SS. In Osteuropa sah die Zusammenarbeit deutlich anders aus: Politische Gruppen und Bewegungen wie die von General Andrei Andrejewitsch Wlassow, Stepan Banderas Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) oder auch die Pfeilkreuzler in Ungarn waren zwar rechte bis rechtsextreme oder faschistische Gruppen, wurden von Deutschland aber erst spät im Krieg angesichts der drohenden Niederlage eingesetzt und gefördert, die OUN nur in geringem Ausmaß. Österreicher\*innen hingegen waren gleichgestellte Reichsbürger\*innen, hatte doch Adolf Hitler persönlich 1938 feierlich erklärt, dass Österreich heimkäme in das Deutsche Reich. Und ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung fühlte und handelte auch entsprechend.

Im Unterschied zu Deutschland wurde die Entnazifizierung von den Alliierten schon Anfang 1946 weitestgehend der österreichischen Regierung übertragen. Dies zog eine Debatte nach sich, wer nun «Nazi» und wer nur «Mitläufer» gewesen sei: «Der Begriff des «Mitläufers», der nicht nur in Österreich als Entlastungsbegriff der Entnazifizierung schlechthin fungierte, wurde zunehmend ausgeweitet und meist entlastend mit dem Topos von Zwang und Verführung in Verbindung gebracht.» (Reiter 2019: 20) Besonders die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) trat schon im Oktober 1945 für eine bedingungslose Amnestie all jener ein, die laut Parteimeinung «unter Zwang und Terror der NSDAP als Mitglied eingetreten waren, ohne sich jemals nationalsozialistisches Gedankengut angeeignet zu haben» – eine eigenwillige Interpretation, die der ÖVP den Ruf als «Reinwaschanstalt» für ehemalige Nationalsozialisten einbrachte (ebd.). Aus dem «Ehemaligen»-Milieu heraus entwickelten sich die Keimzellen rechtsextremer Neuformierungen (ebd.: 32 ff.).

### *Die drei Lager Österreichs*

Alles in allem knüpfte die Zweite Republik nach dem Zweiten Weltkrieg an die Parteienkonstellation von vor 1934 an. Die drei traditionellen großen gesellschaftlich relevanten Gruppen dominieren das Land bis heute, wenn auch modernisiert. Die SPÖ als linke sozialdemokratische Partei, die über Jahrzehnte den Kanzler stellte, zeigte wenig Ambitionen, sich mit der Vergangenheit zu befassen, und ging später als erste der großen Volksparteien eine Koalition mit der FPÖ ein (allerdings in der Vor-Haider-Ära). Die zweite Gruppe ist die ÖVP als neue christlich-sozial-konservative Partei, die zusammen mit der SPÖ jahrzehntelang den Staat mitbestimmte. Auch sie hatte keineswegs ein kritisches Verhältnis zum Austrofaschismus der Kanzler Dollfuß und Schuschnigg, die lange Zeit durchaus Vorbildfunktion für die ÖVP hatten. In der österreichischen Verfassung gilt bis heute ein Verbot, sich nationalsozialistisch zu



betätigen, und zudem ein Anschlussverbot an Deutschland. Trotzdem entstand mit der FPÖ eine Partei, die alldeutsche und NS-Traditionen wiederaufnahm. Die 1956 gegründete FPÖ entstand als Nachfolgeprodukt aus der schon 1949 gegründeten Partei Verband der Unabhängigen (VdU), die als Partei der «Ehemaligen» in Erscheinung trat. So waren die beiden ersten Vorsitzenden Anton Reinthaller und Friedrich Peter hochrangige Nationalsozialisten gewesen, Peter zuletzt im Rang eines SS-Obersturmbannführers. Ihre deutschnationale Anlehnung in den Anfangszeiten hat «die FPÖ, die das Alleinerbe des Dritten Lagers für sich in Anspruch genommen hat, lange dem Vorwurf ausgesetzt, sie sei eine anti-österreichische Partei» (Steininger 2007: 11).

### *Die Waldheim-Affäre*

Kurt Waldheim war nach dem Zweiten Weltkrieg ein Karrierediplomat und stieg 1971 zum UN-Generalsekretär auf. Im Zuge seiner Kandidatur für das Amt des österreichischen Bundespräsidenten verdichteten sich Mitte der 1980er Jahre die Hinweise auf seine Nähe zur NSDAP, etwa als Mitglied einer SA-Reiterstandarte, und sein Wissen um die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht. Waldheim beteuerte, unschuldig zu sein und von NS-Verbrechen nichts mitbekommen zu haben. Diese Haltung und Argumentationsweise war in seiner Generation häufig anzutreffen. Waldheim war Stabsoffizier in der deutschen Heeresgruppe E unter Generaloberst Alexander Löhr, der wegen Kriegsverbrechen in Jugoslawien zum Tode verurteilt und 1947 hingerichtet worden war. Löhr, ebenfalls Österreicher und zu Kriegsende Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Jugoslawien, hatte unter anderem die Bombardierung Belgrads ohne Kriegserklärung zu verantworten. Angesichts Waldheims Position als Stabsoffizier ist es höchst unwahrscheinlich, dass er nichts von der «Bandenbekämpfung» und dem Holocaust in diesen Gebieten mitbekommen hat. Die Waldheim-Affäre steht paradigmatisch dafür, wie unkritisch und verantwortungslos viele Österreicher\*innen mit ihrer eigenen Geschichte, Krieg und Holocaust umgingen. Noch bis 2015 wurde Alexander Löhr mit Gedenktafeln gewürdigt; Kurt Waldheim wurde trotz zahlreicher Presseberichte zu seiner Kriegsvergangenheit 1986 als ÖVP-Kandidat zum Bundespräsidenten gewählt, ein Affront gegenüber diversen Staaten und Menschenrechtsorganisationen, die Aufklärung über seine Rolle während des Krieges verlangten. Die Waldheim-Affäre führte zudem zu einer erneuten rechten Radikalisierung der FPÖ, die vor 1986 zwischenzeitlich einen gemäßigeren Kurs eingeschlagen hatte.

### *Rechtspopulistische Erneuerung der FPÖ*

Eine deutliche Radikalisierung erfuhr die FPÖ mit der Wahl von Jörg Haider zum Obmann 1986. In seiner Ära wurde die FPÖ als eine Partei des Dritten Lagers und zugleich als populistisch modernisierte Partei zu einem Vorbild für andere Rechtsaußenparteien in Europa. Jörg Haider gilt als der Prototyp des charismatischen Anführers einer rechtspopulistischen Partei, die mit teilweise faschistischen Inhalten und Symbo-

len spielt, aber zumindest offen keinen diktatorischen Anspruch erhebt. Haider schaffte es, mehrfach zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt zu werden. Er wettete gegen die von ihm so titulierten «Altparteien», hetzte gegen Muslim\*innen und pflegte gleichwohl Kontakte zu Diktatoren wie Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi. Ähnlich wie heutige Rechtspopulist\*innen provozierte Haider, dessen Eltern überzeugte Nationalsozialist\*innen waren, mit Bemerkungen, die weit genug gingen, um zu zeigen, wie rechts er stand, ohne dass diese jedoch strafrechtlich relevant waren. So lobte er zum Beispiel die Beschäftigungspolitik im «Dritten Reich».

Trotz dieser positiven Bezugnahmen auf die Nationalsozialisten schaffte es Haider, seine FPÖ in eine Koalition mit der ÖVP zu führen, was im Jahre 2000 weltweit Proteste auslöste. Bei der 2017 gebildeten ÖVP-FPÖ-Koalition unter Kanzler Sebastian Kurz hingegen hatte der Protest ein wesentlich geringeres Ausmaß, die Gesellschaft, aber auch das Ausland, hatten sich an rechtspopulistische Wahlerfolge gewöhnt. Die sogenannte Ibiza-Affäre 2019<sup>23</sup> offenbarte hingegen, wie weit entfernt von demokratischen Verhaltensweisen die Spitze der FPÖ, damals um Heinz-Christian Strache, war, aber andererseits auch, dass trotz eines Skandals derartiger Ausmaßes die Reformierung dieser radikal rechten Partei ohne allzu große Wahleinbußen gelingen konnte. Die Vorbildfunktion der FPÖ für rechtspopulistische Parteien in Europa ist bis heute nicht zu unterschätzen. Mit ihrem neuen Vorsitzenden Norbert Hofer präsentiert die Partei nicht nur ein Mitglied einer völkischen Verbindung: Nach Einschätzung des österreichischen Publizisten Hans-Henning Scharsach ist der Parteichef «ein rechtsextremer Politiker» (2018: 193). Über den Kern der FPÖ urteilt der Politikwissenschaftler Andreas Peham:

«Was dann bis in die jüngere Vergangenheit und bei der FPÖ bis heute wichtig ist, ist der Kampf gegen die Idee einer österreichischen Nationalität, der Deutschnationalismus. Die FPÖ hat 2011 das Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft, das Jörg Haider 1998 aus taktischen Gründen streichen ließ, wieder ins Parteiprogramm aufgenommen. Das zeigt auch auf programmatischer Ebene, dass die FPÖ nach der Abspaltung des BZÖ [Bündnis Zukunft Österreich] von Haider 2005, wieder das wurde, was sie vorher war: eine rechtsextreme Partei, getragen von Burschenschaftlern.» (Interview Peham 2019)

Trotz ihres skandalträchtigen Gangs in die Opposition unter ihrem neuen Vorsitzenden Norbert Hofer ist die FPÖ eine nach wie vor starke rechtsextreme Partei. Sie gilt als Vorbild für die deutsche AfD und teilt mit ihr völkisch-nationalistische Ziele.

23 Bei der sogenannten Ibiza-Affäre handelte es sich um die Veröffentlichung eines Videos, in dem der damalige Vizekanzler und FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache gemeinsam mit dem geschäftsführenden FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus eine angebliche russische Oligarchin politisch umwerben und so ihre politische Bestechlichkeit zum Ausdruck bringen. Infolge der Veröffentlichung platzte die Regierungskoalition zwischen ÖVP und FPÖ.

Festzuhalten ist, dass sich in Österreich in den späten 1920er Jahren eine Konkurrenz zweier rechtsextremer Blöcke herausbildete: der «austrofaschistische» und der ungleich extremere, an NS-Deutschland orientierte Nationalsozialismus, die oft gemeinsam gegen Demokratie und Arbeiterbewegung agierten. Zwischen 1938 und 1945 war Österreich in allen Belangen an der faschistischen Kriegs- und Mordpolitik beteiligt. Österreicher\*innen waren in diesen Jahren schlicht Bürger\*innen von NS-Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Beteiligung Österreichs an den NS-Verbrechen heruntergespielt und verdrängt, da das Land gleichzeitig auch Opfer war. Der Aufstieg der FPÖ im Kontext des Niedergangs der SPÖ verdeutlicht die Verschiebungen im Kräfteverhältnis der ehemals vorherrschenden drei Lager Österreichs.

## **INTERVIEW MIT KURT BAUER**

*Kurt Bauer, geboren 1961, ist Historiker und promovierte an der Universität Wien. Er ist bekannter Buchautor zur jüngeren Geschichte Österreichs, insbesondere des Nationalsozialismus. Sein aktuelles Werk aus dem Jahr 2019 ist unter dem Titel «Der Februaraufstand 1934. Fakten und Mythen» erschienen.*

### **Halten Sie den Begriff Austrofaschismus für Österreich vor dem März 1938 für passend und lässt sich die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich als faschistisch bezeichnen?**

Die Frage, ob die Bezeichnung «Austrofaschismus» für den österreichischen «Ständestaat» 1933/34–1938 zutrifft, wird in Österreich seit Jahrzehnten diskutiert. Mir scheint, dass sich diese Diskussion schon lange im Kreis dreht und auch neue Forschungsergebnisse – die es durchaus gibt – kaum Bewegung in ideologisch festgefahrene Fronten bringen.

Ich halte den Begriff «Austrofaschismus» für unangemessen und liege damit auf der Linie von österreichischen Historikern wie Ernst Hanisch, Gerhard Botz oder dem US-amerikanischen Faschismusforscher Stanley Payne. Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime ist dem autoritären, aber nicht dem faschistischen Typus zuzurechnen. Helmut Wohnout folgend, verwende ich daher die Bezeichnung «Kanzlerdiktatur», um dieses Regime zu charakterisieren.

Zur zweiten Teilfrage: Wenn man den Nationalsozialismus als Faschismus sieht – und das tue ich wie viele andere Historiker –, dann lässt sich die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich selbstverständlich als faschistisch bezeichnen.

### **Gibt es direkte Wege und Kontinuitätslinien von den historischen rechten Bewegungen in Österreich hin zum heutigen Rechtsextremismus/ Rechtspopulismus?**

Für Österreich gilt nach wie vor die von Adam Wandruszka in den 1950er Jahren entwickelte Drei-Lager-Theorie der österreichischen Politik. Gemeint sind das christlichsozial-konservativ-katholische, das sozialdemokratisch-marxistische sowie das deutschnationale Lager, das häufig als «Drittes Lager» bezeichnet wird. Alle drei Lager haben sich im Wesentlichen in den 1880er Jahren gebildet. Wir haben es hier also mit erstaunlichen Kontinuitäten zu tun. Andererseits ist es klar, dass alle drei politischen Lager im Lauf von rund 130 Jahren und über fünf politische Systeme hinweg zahlreiche Brüche und Transformationen durchgemacht haben.

Die meisten Wandlungen hat zweifellos das deutschnationale Lager vollzogen. Zuerst einmal muss man es von seinen Wurzeln her als eigentlichen Erben des österreichischen Liberalismus ansehen, der in den 1880er Jahren unterging. Bald aber überlagerte ein irredentistischer und radikal antisemitischer Pangermanismus die liberalen Prinzipien. Hier ist vor allem Georg von Schönerer zu nennen, den Hitler verehrte und geradezu imitierte. Es ist aber zu betonen, dass es neben dieser Minderheits-

position der österreichischen Alldeutschen und Schönerianer viele weitere und wesentlich gemäßigte Richtungen im deutschnationalen Lager gab, die zumeist über eine ungleich größere Anhängerschaft verfügten. Des Weiteren muss man bedenken, dass das Dritte Lager stets stark fragmentiert war und sich in viele einander bekämpfende Parteien aufspaltete.

Dieses deutschnationale Lager ging Anfang der 1930er Jahre völlig im Nationalsozialismus auf.

Nach 1945 formierte sich das Dritte Lager langsam wieder aus den Trümmern. Die personellen und – natürlich abgeschwächt, aber doch – ideologischen Kontinuitäten der frühen FPÖ und ihrer Vorgängerpartei «Verband der Unabhängigen» zum Nationalsozialismus liegen klar auf der Hand. Diese Parteien waren zum Zeitpunkt ihrer Gründung und in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik eindeutig ein Sammelbecken der «Ehemaligen».

Wobei anzumerken ist, dass sich auch die beiden großen Lagerparteien ÖVP (die früheren Christlichsozialen) und SPÖ sehr um diese Gruppe bemühten und viele ehemalige NSDAP-Mitglieder aufnahmen, von denen manche in diesen Parteien beachtliche Karrieren hinlegen konnten.

Bei Jörg Haider, der 1986 FPÖ-Obmann wurde, war diese deutschnationale Ausrichtung anfangs noch deutlich erkennbar. Haider bezeichnete in seinen Anfangsjahren die österreichische Nation als eine «ideologische Missgeburt» und sprach von der «ordentlichen Beschäftigungspolitik» des «Dritten Reichs». Das lag noch klar auf der deutschnationalen, durchaus als postnazistisch zu bezeichnenden Linie der früheren FPÖ, in der er politisch sozialisiert worden war. (Sein Elternhaus spielte dabei die entscheidende Rolle.)

Davon hat er sich dann aber bald abgewendet und die FPÖ Schritt für Schritt in die rechtspopulistische Partei umgewandelt, als die sie heute bezeichnet wird. Ich möchte sogar behaupten, dass Haider der Erfinder des europäischen Rechtspopulismus war, jedenfalls aber eine ihrer wichtigsten Galionsfiguren bis in die 2000er Jahre hinein.

Der Deutschnationalismus in der FPÖ ist heute größtenteils verschwunden. Die Partei tritt mit ihrer Positionierung als «Soziale Heimatpartei» bewusst österreichisch-patriotisch auf. Nirgendwo sind so viele rot-weiß-rote Fahnen zu sehen wie bei Veranstaltungen dieser Partei. Der stets heftig akklamierte Parteisonng lautet «Immer wieder Österreich», und zum Abschluss einer Veranstaltung wird die Bundeshymne regelrecht inszeniert.

Allerdings hat diese Partei nach wie vor einen starken deutschnationalen, um nicht zu sagen braunen Rand. Die vielen sogenannten Ausrutscher einzelner Funktionäre, die zumeist über die sozialen Medien verbreitet werden, gehen regelmäßig durch die Presse. Inwieweit sie der Partei bei den Wählern wirklich schaden, sei dahingestellt. Nach wie vor klar deutschnational und teilweise sogar postnazistisch ausgerichtet sind zweifellos manche Burschenschaften (oder Teile davon), die eine wichtige Rolle als Vorfelddorganisation der FPÖ und zur Elitenrekrutierung spielen.

Zusammengefasst: Keine politische Bewegung in Österreich hat so viele Wandlungen, Brüche und Transformationen erlebt wie das schon seit den Anfängen sehr heterogene und fragmentierte deutschnationale Lager. Die Kontinuitäten sind trotzdem deutlich sichtbar. Aber als faschistisch, nazistisch oder auch nur rechtsextrem ist die Partei in ihrer Gesamtheit bzw. in ihrer Majorität heute nicht mehr zu einzustufen.

### **Wo sind die Ziele, Programme, Organisationsstrukturen und Agitationsformen gleichgeblieben und wo unterschieden sie sich von ihren historischen Vorläufern?**

In 130 Jahren hat sich naturgemäß sehr viel getan. Alle drei Lager haben sich stark verändert, notgedrungen am stärksten – wegen der Katastrophe des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust – bestimmt das Dritte Lager, dem ja Ihr Hauptinteresse gilt.

Mit «Agitationsformen» meinen Sie vermutlich die Politpropaganda oder, wie es heute heißt, politische Kommunikation. Hier hat das Internet ohne Zweifel sehr viel geändert. Gerade die Rechten kommen in den traditionellen Medien, in den großen Tages- und Wochenzeitungen, im Radio und TV etc. eher schlecht davon. (Allein schon deshalb, weil die meisten professionellen Journalisten eher linksliberal und rotgrün eingestellt sind.) Für die Rechten haben sich mit dem Internet und den sozialen Medien alternative Wege der Kommunikation gefunden, die ihnen vorher nicht offenstanden.

Der mittlerweile zurückgetretene FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache hat auf Facebook fast 800.000 Follower, und das in einem Land mit rund acht Millionen Einwohnern. Das heißt, er erreicht mit einem Facebook-Posting wesentlich mehr Menschen als mit Interviews in den meisten Tageszeitungen und Magazinen. Insgesamt haben sich die sozialen Medien für die FPÖ und verwandte rechte Gruppierungen als Segen herausgestellt, obwohl diese Medien ja allen politischen Richtungen offenstehen und tatsächlich auch von allen genutzt werden. Ich habe aber manchmal das Gefühl, dass die Rechten das einfach besser können.

### **Wie sehen es die Rechten heute selbst? Sind zum Beispiel Dollfuß/Schuschnigg oder die frühen österreichischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen Vorbilder oder Objekte politischer Abgrenzung?**

Aus eigener Erfahrung in der intensiven Beschäftigung mit der Epoche des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes kann ich sagen, dass sich in der ÖVP in den letzten Jahrzehnten der Blick auf diese Zeit und die Person des Kanzlers Dollfuß stark gewandelt hat. Von einem Dollfuß-Kult, der in dieser Partei nach dem Krieg bis in die 1990er und 2000er Jahre hinein intensiv gepflegt wurde, kann heute keine Rede mehr sein. Es sind bestenfalls noch Rudimente davon vorhanden. Jahrzehntelang war das Bild des Diktators Dollfuß, das in den Klubräumlichkeiten der ÖVP im Parlament hing, ein Politikum und heftig umstritten. Im Zuge der laufenden Renovierung des Par-

lamentsgebäudes ist es nun dem neuen Parteichef Kurz gelungen, das Bild elegant verschwinden zu lassen und an das Geschichtsmuseum in St. Pölten abzugeben. Ich denke, das war ein Vorgang von großer Symbolik.

Aber auch der Rückgriff auf ältere Vorbilder ist für die ÖVP schwierig, so etwa auf Karl Lueger, den Begründer der Christlichsozialen Partei. Als Bürgermeister von Wien war er ein sehr verdienstreicher Politiker, allerdings auch ein schlimmer Antisemit. Oder, ein anderes Beispiel, der christliche Arbeiterführer Leopold Kunschak. Er war einer der wenigen in der Christlichsozialen Partei, die sich der autoritären Entwicklung 1933 entgegenstimmten, zudem hat er vehement gegen die Nazis gekämpft. Er wäre also eine geeignete Identifikationsfigur. Allerdings war er nicht nur ein aufrechter Demokrat, sondern auch ein fanatischer Antisemit, den man – nicht ganz zu Unrecht – als «Streicher» der Christlichsozialen Partei charakterisiert hat. Dass die ÖVP nach wie vor Leopold-Kunschak-Preise vergibt, halte ich für eine überaus problematische Angelegenheit. In beiden Fällen, also Lueger und Kunschak, schweigt man am liebsten über den Antisemitismus oder versucht, ihn herabzuspielen oder auf antisemitische Auswüchse in der Sozialdemokratischen Partei der Zwischenkriegszeit zu verweisen (Whataboutism). Daher verlegt sich die ÖVP bei ihren Identifikationsfiguren lieber auf die großen Männer der Anfänge der Zweiten Republik, als es darum ging, Österreich neu aufzubauen und den Staatsvertrag zu erringen – nämlich auf Leopold Figl und Julius Raab, später dann vielleicht noch Alois Mock.

Noch wesentlich schwieriger hat es diesbezüglich die Freiheitliche Partei, die als Sammelbecken der «Ehemaligen» entstanden ist.

Die FPÖ selbst tut sich immens schwer mit geeigneten Identifikationsfiguren aus der Geschichte der deutschnationalen Bewegung. Fast alle auch nur ansatzweise geeigneten Persönlichkeiten sind schwer belastet. Zwei Beispiele: Der erste Parteiohmann der FPÖ Anton Reinthaller war 1938 Minister für Land- und Forstwirtschaft im «Anschlusskabinett» Arthur Seyß-Inquarts und fungierte auch später als hochrangiger NS-Funktionär. Er hatte einen hohen Ehrenrang in der SS und trug das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP. Als illegaler Nazi 1933–1938 gehörte er zwar dem gemäßigten Flügel der österreichischen NSDAP an, aber wie man es dreht und wendet: Dieser erste Parteiohmann der FPÖ war ein hochrangiger Nazi, völlig ungeeignet als Führer einer demokratischen Partei. Sein Nachfolger Friedrich Peter war als SS-Obersturmführer vermutlich an Massenmorden an Juden an der Ostfront beteiligt. Erst die folgenden Bundesparteiobmänner der FPÖ ab 1978 waren schon wegen ihres Alters nicht mehr nationalsozialistisch belastet.

So hat man schließlich Franz Dinghofer als historische Identifikationsfigur der FPÖ gefunden, den sehr verdienstreichen Bürgermeister von Linz während des Ersten Weltkrieges. Dieser spielte bei der Ausrufung der Republik 1918 eine wichtige Rolle, war später Minister, Vizekanzler und Präsident des Obersten Gerichtshofes. Im Grunde ein sehr honorierter Mann. Die FPÖ benannte ein Parteiinstitut nach ihm und versuchte, ihn als Leitfigur aufzubauen. Allerdings hat sich kürzlich herausgestellt, dass

auch bei Dinghofer eine NSDAP-Belastung bestand. Des Weiteren versucht man, auf die bürgerlich-demokratischen-liberalen Traditionen des Jahres 1848 zurückgreifen, und blendet die Zeit des Nationalsozialismus, aber auch Schönerer und Konsorten, völlig aus.

Zusammengefasst: Die ÖVP hat gewisse Schwierigkeiten mit historischen Leitfiguren und der autoritären Vergangenheit der Jahre 1933–1938, ist aber in den letzten Jahren von einer apoletischen Betrachtung dieser Ära weitgehend abgekommen. Ihre Vorbilder sucht sie vor allem in der Zweiten Republik. Die FPÖ versucht einerseits, auf die 1848er- und die nationalliberale Tradition des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu rekurrieren, andererseits sucht sie sich einigermaßen unbelastete Vorbilder aus der pränazistischen Zeit. Bezüglich des Umgangs mit der NS-Vergangenheit und den vielen ehemaligen Nazis, die in der Frühzeit der Partei eine Rolle gespielt haben, hat sie nach wie vor keinen vernünftigen Modus Operandi gefunden.

Wie sehen Sie das? Ist Österreich auf dem Weg in einen neuen Faschismus?

Nein! Das halte ich schlichtweg für Panikmache und Politpropaganda. Mir fällt dazu ein Zeitungskommentar des Philosophen Rudolf Burger ein. Er schrieb Anfang 2018, einige Wochen nach der Installierung der neuen ÖVP-FPÖ-Regierung, mit viel Sarkasmus: «Der Faschismus bricht in Österreich dann aus, wenn die SPÖ nicht in der Regierung sitzt.»

Nichts an der heutigen Situation ist mit der Lage in den frühen 1930er Jahren in Österreich zu vergleichen: Damals herrschte soziale Not und ungeheure Arbeitslosigkeit, heute Wohlstand und (beinahe) Vollbeschäftigung. Eine Situation, von der die damaligen Menschen nicht einmal zu träumen gewagt hätten. Von uniformierten, schwer bewaffneten Parteiarmeen, von Bombenanschlägen und Terroraktionen wie in den 1930ern kann keine Rede sein und schon gar nicht von einem revanchistischen, expansiven deutschen Nationalismus, der nach neuer Stärke strebt. Nirgendwo sehe ich Trupps von Rechtsradikalen, die – wie die SA anno 1932/33 – durch Wien ziehen, um über politische Gegner und Juden herzufallen. Die damalige Situation mit heute zu vergleichen erscheint mir geradezu absurd. Niemand will die Verfassung außer Kraft setzen. Kein Bundeskanzler Kurz oder Innenminister Kickl lässt die Polizei den Zugang zum Parlament sperren und die Abgeordneten auseinanderjagen, wie es 1933 in Österreich geschehen ist. Das Parlament spricht der Regierung das Misstrauen aus und die Minister verlassen selbstverständlich sofort ihre Ämter – so wie es vor wenigen Monaten geschehen ist. Wie ein «neuer» Faschismus aussehen könnte, darüber kann ich nur spekulieren. Der politische Islamismus erscheint mir à la longue jedenfalls eine wesentlich größere Bedrohung in diese Richtung als die nicht allzu vielen Rechtsextremen und Neonazis, die es in Österreich gibt. Ich möchte die Sache nicht kleinreden, aber wir haben größere Probleme. Die FPÖ mag sehr weit rechts stehen und eine mir unsympathische Politik betreiben, aber eine Bedrohung für die Demokratie oder einen neuen Faschismus kann ich derzeit nicht erkennen.



**Ist der Begriff Faschismus für Sie heute noch hilfreich für die Kennzeichnung aktueller neuer rechtspopulistischer und rechtsautoritärer Parteien und Bewegungen in Europa?**

Da müsste man sich die Parteien im Einzelnen anschauen. Für Gruppierungen wie die NPD, die Goldene Morgenröte in Griechenland, eventuell auch die Fratelli d'Italia oder die ungarische Jobbik-Partei mag dies zutreffen. Der heutigen FPÖ in ihrer Gesamtheit wird man mit dem Faschismusbegriff bestimmt nicht mehr gerecht. Ähnliches gilt meines Erachtens beispielsweise auch für die Schwedendemokraten, die niederländische «Partei für die Freiheit» oder die AfD. Hier halte ich es für überzogen und nicht zielführend, von Faschismus, Neofaschismus oder auch nur Rechts extremismus zu sprechen. Der wahllose Einsatz der «Nazikeule» nützt diesen Parteien bei ihren Anhängern und Wählern eher, als dass es ihnen schadet. Es entsteht die Haltung: Jetzt erst recht! Zumindest was die FPÖ betrifft, konnte ich diesen Effekt durch Jahrzehnte aus nächster Nähe beobachten.

Aber über viele dieser Bewegungen weiß ich einfach zu wenig, als dass ich mir ein Urteil anmaßen möchte. Ich bin keineswegs ein Experte für rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in Europa.

## **INTERVIEW MIT ANDREAS PEHAM**

*Andreas Peham, geboren 1967, arbeitet für das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und hat zahlreiche Bücher, Buchbeiträge und Artikel zumeist zum Thema des Rechtsextremismus veröffentlicht.*

### **Halten Sie den Begriff Austrofaschismus für Österreich vor dem März 1938 für passend und lässt sich die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich als faschistisch bezeichnen?**

Grundsätzlich ja. Ich halte diesen Begriff für berechtigt, vor allen Dingen in der historischen Perspektive und zwar aufgrund der Selbstverortung des damaligen Regimes. Dass es ein diktatorisches Regime war, wird auch von den Konservativen nicht bestritten, die lieber vom Ständestaat sprechen und den Faschismusbegriff ablehnen. Aber beginnend mit der außenpolitischen Orientierung am faschistischen Italien, das ein auch innenpolitisches und ideologisches Vorbild war, haben wir auch hier die Auflösung der Parteien und zudem die Einführung der Vaterländischen Front. Wenn man die Liste von Reinhard Kühnl anlegt – die für historische Fälle wichtigste Checkliste, um Faschismus zu definieren – dann erfüllt dieses Regime genug Kriterien, um faschistisch genannt zu werden. Nicht nur Konservative wollen das aber aus ganz durchsichtigen Gründen nicht, auch in der Forschung sind viele dagegen. Denn auch im Kühnl'schen Sinne fehlte dem Austrofaschismus die Massenbasis. Das ist für uns aber nicht entscheidend, denn es ist ja egal, ob sie erfolgreich waren oder nicht, denn der Austrofaschismus hat versucht, mit der Vaterländischen Front die Massenbasis im Nachhinein zu etablieren.

Für mich ist das Entscheidende, wie viel Faschismus es im Vergleich zu anderen faschistischen Ländern und Regimen hier gab. Da gibt es Unterschiede und dem versuchen wir Rechnung zu tragen und sprechen daher vom Austrofaschismus oder auch vom Klerikalfaschismus. Es ist wichtig, den Unterschied zum Nazismus oder, wenn man bei der Faschismusbegrifflichkeit bleiben will, dem *deutschen* Faschismus zu benennen – wobei ich «deutsch» kursiv setzten würde, da es ja gerade «Deutsche» aus Österreich waren, die sowohl personell als auch ideologisch maßgeblich am Siegeszug dieser extremsten Form von Faschismus beteiligt waren. Das passiert, gerade von sozialdemokratischer Seite her. Das beginnt schon bei Bruno Kreisky, bei dem Hintergrund seiner Biografie ist das verständlich. Er saß im austrofaschistischen Kerker und schaffte es dann 1938 nach Schweden und hat daher den deutschen Faschismus «nur» im Exil erlebt. In den 1970er Jahren hatte er dann in seinem ersten Kabinett fünf ehemalige Nationalsozialisten, auch SS-Leute darunter. Er hat immer lieber mit den Nachfolgern der Nazis und deren Nachfolgepartei, der FPÖ, paktiert als mit seinen, wegen seiner persönlichen Erfahrung, schlimmeren Feinden, den Konservativen, der ÖVP. In der Sozialdemokratie gibt es eine unselige Gleichsetzung von Austrofaschismus und deutschem Faschismus, aber man bedenke, um nur einen Unterschied zu nennen, die sechs Millionen Toten des Holocaust. Gegen diese Gleichsetzung muss

man sich wehren und dazu sagen: Ja, es war ein Faschismus in Österreich, aber im Vergleich zum deutschen der mildere oder die weniger extreme Form.

### **Gibt es direkte Wege und Kontinuitätslinien von den historischen rechten Bewegungen in Österreich hin zum heutigen Rechtsextremismus/Rechtspopulismus?**

Ja, die gibt es. Aber vor allem gab es mindestens zwei Rechtsextremismen, die dann zueinander in Konkurrenz gegangen sind. Zwei Faschismen, der österreichische und der deutsche. Der Deutsche war kein fremder, sondern wurde in Österreich von Leuten betrieben, die bis heute ein Thema sind und sich politisch für Deutsche halten, die österreichische Nationalität leugnen und in Burschenschaften organisiert sind. Und es gibt die Tradition des christlichsozialen Austrofaschismus. Da gibt es nach 1945 Kontinuitäten. Bundeskanzler Raab etwa war ein früherer Heimwehrführer. Ich würde diese Kontinuität aber nicht als bruchlos verstehen. Ähnlich wie in Deutschland ist der Konservatismus heute – es gibt immer Ausnahmen – nicht mehr der Konservatismus der Zeit der Weimarer oder der Ersten Republik hier. Es gibt aber in den letzten Jahren rund um das Feindbild Islam, die Rettung des Abendlands und den Mythos von den Türkenkriegen Dinge, die von den Identitären aufgekokocht werden. Und da gibt es Anzeichen, dass sich wieder ein Bündnis wie in den 1920er Jahren bildet. Bis Ende der 1920er Jahre gingen sie gemeinsam gegen die Linke vor und waren gegen die Juden, der Antisemitenbund war von beiden Faschismen getragen. Teilweise gab es in Österreich dieses Bündnis an den Universitäten bis in die 1930er Jahren oder zum Beispiel in den Heimwehren in der Steiermark bis 1938.

Die Kontinuität ist beim «deutschen Faschismus» hier sicher ausgeprägter und wird repräsentiert und organisiert durch die Burschenschaften, die zunächst 1945 verboten wurden. Aber der Eifer der Entnazifizierung lässt Ende der 1940er schnell nach. 1951 dürfen sie wieder Mensur fechten und an die Unis, wieder mit Mütze und Band. Das ist das deutschnationale Milieu, das gesamtgesellschaftlich immer unbedeutender wird. Kontinuitäten gibt es sowohl ideologisch als auch personell, von den Burschenschaften vermittelt und parteipolitisch repräsentiert durch die FPÖ. Sie stellen sich in die Tradition des sogenannten Dritten Lagers. Das erste ist das konservativ-großbürgerliche Lager, das zweite das linke-sozialdemokratische Lager, die Arbeiterbewegung. Das Dritte Lager ist das deutschnationale, das, mehr noch als in Deutschland, wo es wenigstens – in Ansätzen – Stichwort Stauffenberg – einen Widerstand gegeben hat, unverändert blieb. So etwas wie den 20. Juli gab es in Österreich nicht. Dieses Dritte Lager ist vollständig im Nationalsozialismus aufgegangen und hat sich aber dann, das lag auch am Kalten Krieg, noch in den 1940er Jahren sehr schnell reorganisieren können. 1955, kaum war der letzte alliierte Soldat draußen, gründet sich die FPÖ als Partei des Dritten Lagers. Sie bezieht sich ganz offen auf Parteien wie die Großdeutsche Volkspartei in der Ersten Republik oder den Landbund. Parteien, die schon sehr früh, als die NSDAP 1932 noch legal war, Kampfgemeinschaften und Bündnisse mit ihr gebildet haben.

Alles in allem: Kontinuität ja, vor allem im deutschnationalistischen Lager.

## **Wo sind die Ziele, Programme, Organisationsstrukturen und Agitationsformen gleichgeblieben und wo unterschieden sie sich von ihren historischen Vorläufern?**

Zunächst haben sich natürlich die Strukturen verändert, das hängt allein schon am Verbot der NSDAP und aller Unterorganisationen zusammen. Man kann die FPÖ, auch wenn wir sie als rechtsextrem bezeichnen, heute nicht geschlossen in der Zeit vor Jörg Haider bis 1986 in diese Tradition stellen, sie ist heterogener geworden. Was auch vor Haider und danach jetzt ganz stark, aber immer der Fall war, ist, dass der innere Kern der FPÖ konstant von Korporierten und Burschenschaftlern getragen wurde, da hat sich ideologisch wenig geändert.

Viel war von der Tagespolitik vorgegeben. So war das erste große Thema der Kampf gegen die Restitutionsen, dann gegen das Verbotsgesetz und gegen die Verfolgung von Kriegsverbrechern usw. Das lief in den 1950er Jahren auch biografisch und politisch aus. Was dann bis in die jüngere Vergangenheit und bei der FPÖ bis heute wichtig ist, ist der Kampf gegen die Idee einer österreichischen Nationalität, der Deutschnationalismus. Die FPÖ hat 2011 das Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft, das Jörg Haider 1998 aus taktischen Gründen hat streichen lassen, wieder ins Parteiprogramm aufgenommen. Das zeigt auch auf programmatischer Ebene, dass die FPÖ nach der Abspaltung des BZÖ [Bündnis Zukunft Österreich] von Haider 2005, wieder das wurde, was sie vorher war: eine rechtsextreme Partei, getragen von Burschenschaftlern. Jetzt weiß die FPÖ aber, dass sie mit dem Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft in der Wahlauseinandersetzung nicht viel erreichen kann. In Österreich liegt das Potenzial für diesen offenen Deutschnationalismus bei maximal zwei Prozent. Deswegen wird diese Tradition hinter Bekenntnissen zu Österreich und einem aggressiven Patriotismus versteckt. National-soziale Heimatpartei nennt sich die FPÖ auch gerne. Der Trick dabei ist, dass dies nur für die Staatlichkeit gilt. Zur Nation, so wie sie das verstehen, das Volk als Abstammungsgemeinschaft, da bleibt man bei der deutschen Volksgemeinschaft. Es ist gar nicht so leicht jemandem, der ständig die Österreichfahne schwenkt, den deutschen Nationalismus nachzuweisen, aber es erscheint uns wichtig. Damit verbunden ist der Antisemitismus, wobei hier in den letzten Jahren ein Versuch einer Veränderung zu bemerken ist. Das läuft seit 2010, als Heinz-Christian Strache zum ersten Mal nach Israel reiste. Man glaubte, aus der Kritik zu kommen durch ein demonstratives Bekenntnis zu Israel und seinen Sicherheitsinteressen. Das ist nichts Ungewöhnliches für Leute, die dieses Milieu länger beobachten. In den 1960er Jahren wurde zum Beispiel in der deutschen *National-Zeitung* Mosche Dayan als neuer Wüstenfuchs gefeiert. Man kann sich durchaus für Israel starkmachen, wenn man ein bestimmtes verzehrtes Bild von dem Land und vom Nahostkonflikt hat – und doch Antisemit bleiben. Das zeigt die FPÖ, sie leugnet den Antisemitismus bei sich. Mit dieser Leugnung geht die Projektion einher, dass die Muslime allesamt antisemitisch seien. Beim letzten Punkt, bei aller Tradition – ich bin ein Anhänger der Kontinuitätsthese – hat sich schon etwas verändert: Man hat den Rassismus modifiziert, wobei die grundsätzliche Modifikation, nicht nur in

Deutschland und Österreich, nach 1945 in Richtung eines Neorassismus, Antimigrationsrassismus und Kulturrassismus ging, der antimuslimisch umjustiert wurde. Da war Österreich neben Belgien vorne dabei, wir sprechen von antimuslimischem Rassismus. Das wird in manchen Ländern als Islamfeindlichkeit oder Islamophobie bezeichnet. Das halten wir für falsch. Es geht weniger um die Religion, sondern gegen die Muslime, die hier leben. Diese Modifikation war intern umstritten. Gerade die Burschenschaftler – repräsentiert durch die Zeitung *Die Aula* aus Graz, die es seit 1951 bis letztes Jahr gab und die ein Opfer der Koalitionsfähigkeit wurde – protestierten gegen diese Umorientierung. Je weiter rechts die Burschenschaften, desto lauter wurde die Kritik. Man hat an die lange Tradition der Kooperation mit dem Mufti von Jerusalem erinnert und wollte den Antisemitismus nicht unterordnen. Mit der Zeit haben sie aber kapiert, was sie mit dieser Modifikation gewonnen haben, wie ein Neonazi es in der *Deutschen Stimme* formuliert hat: «Das ist unser Einfallstor. Die nationale Opposition ist gut beraten, die Ausländerfrage als Moslemfrage zu betrachten.» Sie bleiben aber nicht dabei. Man sieht schon, wie das nach wie vor gut zusammenght: auf der einen Seite der modifizierte Rassismus gegen Muslime und auf der anderen Seite der Antisemitismus, aber nicht mehr der offene, sondern eher der versteckte.

Das zeigt ein wunderbares Zitat von Johann Gudenus – ehemals Klubobmann der FPÖ und deutsch national korporiert wie fast alle Führungskader – der meinte, es gebe stichhaltige Gerüchte, wonach der Jude George Soros hinter dem großen Bevölkerungsaustausch steht, der in Europa vorgeht. Georg Soros, der steht für internationale Hochfinanz, das sind alte Codes. Sie kommen ohne Antisemitismus nicht aus. Nicht alles in der Politik und Agitation ist rechtsextrem, das macht ihre Bekämpfung so schwer, aber gerade in Fragen von Rassismus, Antisemitismus und auch Autoritarismus sind sie es. Auch ihre Vorstellungen von Law and Order: viel Sicherheit und wenig Freiheit. In anderen Bereichen – das spricht weniger gegen die FPÖ, mehr gegen Österreich – sind die Unterschiede zu den anderen Parteien gar nicht so groß wie in der Europa- oder Umweltpolitik.

### **Wie sehen es die Rechten heute selbst? Sind zum Beispiel Dollfuß/Schuschnigg oder die frühen österreichischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen Vorbilder oder Objekte politischer Abgrenzung?**

Das hängt davon ab. Ich würde zum Beispiel über Dollfuß sagen, dass er für Teile der Konservativen als Vorbild gilt, aber nicht als Austrofaschist oder Zerstörer der österreichischen Demokratie, sondern als erstes Opfer des Nationalsozialismus. Das macht es schwierig, denn es hat einen wahren Kern. Er wurde ja von den Nazis beim Putschversuch 1934 ermordet und man hat es sich hier in der Opferrolle eh bequem gemacht. Das macht ihn zu einem Märtyrer in den Augen der Christlichsozialen. Zu Dollfuß als Antinazi bekennt man sich offen. Auch Schuschnigg wird nicht als Austrofaschist hochgehalten, sondern als jemand, der bis zum Schluss versuchte, sich

gegen Hitler zu stellen. Da wird viel Geschichtsklitterung betrieben. Die Deutschen tun sich da schwerer. Sie haben mit Georg von Schönerer einen Gründungsvater, auf den sie sich offen berufen. Aber die meisten Akteure aus der Ersten Republik waren belastet, so zum Beispiel Anton Reinthaler. Er war Landwirtschaftsminister im sogenannten «Hochverräterkabinett» im März 1938, auch ein SS-Mann, der dann 1955/56 der erste Obmann der FPÖ wurde.

Ähnlich wie in Deutschland gibt es in der Neonaziszene Gruppen, die sich offen als Hitleristen sehen und diese Tradition hochhalten, die sind aber eher marginal und aussterbend. Aber was wir in der Neonaziszene immer noch haben, ist der positive Bezug auf Rudolf Hess, aber auch das ist im Vergleich der letzten 10–15 Jahren weniger geworden. Wir haben da noch österreichische Spezialfälle wie Walter Nowotny. Er war ein hochdekorierter Pilot, wurde im Krieg abgeschossen, da gab es 1944 noch ein Staatsbegräbnis in Wien. Der wurde schon im Nationalsozialismus als mythologische Figur inszeniert und das hat sich in Österreich und später in der Neonaziszene der Stadt Wien bis zur Jahrtausendwende gehalten. Nach den Debatten in Deutschland um die Wehrmachtsausstellung war das nicht mehr so leicht möglich. Wer sich positiv auf die Waffen-SS oder bestimmte Teile der Wehrmacht und den Vernichtungskrieg bezieht, der ist ein Neonazi und die Gruppe derer, die das offen machen, ist sehr beschränkt.

Die Identitären, die allesamt aus Burschenschaften kommen, fahren eine neue Strategie und versuchen, sich zu Fragen der Geschichte wie dem Nationalsozialismus, dem Holocaust oder dem Antisemitismus einfach nicht mehr zu äußern, denn da können sie nur verlieren. Da gilt einerseits das Verbotsgesetz, das steckt Grenzen. Wer vom Kampf der Waffen-SS für ein freies Europa spricht, wird heute als identifiziert, was er ist. Weite Teile der extremen Rechten in Österreich, die halten sich bei der NS-Geschichte nicht mehr auf, sondern holen stattdessen weiter aus. Österreich ist nicht mehr das Bollwerk gegen die Horden aus dem Osten und den jüdischen Bolschewismus, sondern wieder gegen den Islam. Der Mythos von den Türkenkriegen, der war das letzte Mal 1933 und 1934 hoch im Kurs. Der Austrofaschismus hatte versucht, gegen den deutschen Faschismus zu sagen: «Wir sind besser als ihr, wir haben das Abendland schon früher gegen den Islam verteidigt und mehr Opfer gebracht.» Man redet nicht mehr von der Waffen-SS, sondern von der europäischen Anstrengung, diese «Typen» zurückzuschlagen. Aber diese Botschaft wird mit modernen Mitteln vertrieben. Die Identitären bedienen sich schamlos an der Jugendkultur und nutzen Dinge, die sie vor ein paar Jahren noch als amerikanische Massenkultur angegriffen haben, bedienen sich auch bei den Linken. Da gibt es Veränderungen, die ich als Modernisierungen bezeichnen würde. Wenn von ihnen auf Vorbilder Bezug genommen wird, dann nicht auf die Nazis, sondern auf Vorläufer, wie etwa aus der konservativen Revolution wie Arthur Moeller van den Bruck oder Oswald Spengler, an die knüpft man offen an. Andere Heroen sind Yukio Mishima, ein japanischer Faschist und verhindertes Putschist, oder Julius Evola.

### **Wie sehen Sie das? Ist Österreich auf dem Weg in einen neuen Faschismus?**

Nein, so würde ich das nicht nennen. Aber es gibt die Bemerkung von Viktor Orbán, der das Ziel der illiberalen Demokratie ausgegeben hat. Das kann man als Vorstufe des neuen Faschismus sehen, aber ich würde das nicht so drastisch sagen. Aber es geht um mehr Autorität und Sicherheit statt Freiheit. In der Wahlauseinandersetzung 2017 zwischen Strache und Kurz gab es zu 95 Prozent Einigkeit. Worüber sie gestritten haben, war die Frage, wer Viktor Orbán nähersteht, wer besser mit ihm kann. Das ist bezeichnend. Die ÖVP steht auf der Bremse gegen jeden Versuch, einen Strich zu Fidesz in der Europäischen Volkspartei im Europaparlament zu ziehen.

Die ÖVP sehe ich heute nicht so nahe an der CDU, sondern näher an Fidesz. Man sah das 2015, als Kurz als Außenminister Angela Merkel ja auch als liberale Gefahr sah und sich von den extremen Rechten wie Salvini und Orbán feiern ließ.

### **Ist der Begriff Faschismus für Sie heute noch hilfreich, um die neuen rechten und rechtspopulistischen Parteien in Europa zu kennzeichnen?**

Nur zum Teil. Im Falle der europäischen rechten Parteien und für die FPÖ in Österreich halte ich ihn nicht für brauchbar. Mit einer Ausnahme, allerdings keine Partei, die nennen wir neofaschistisch: Das sind die Identitären, die wir so bezeichnen, da sie sich offen auf Faschisten wie Evola und Mishima beziehen und Kontakt haben zu neofaschistischen Gruppen wie CasaPound. Ganz verzichten wir auf den Begriff nicht, er bleibt ideologiekritisch der Vergleichs- und Referenzrahmen. Aber etwas wie die AfD oder Fidesz ist für uns nationalpopulistisch oder rechtspopulistisch. Bei den Intellektuellen hinter diesen Bewegungen da sehe ich sehr viel Faschistisches, auch bei den Identitären und Götz Kubitschek. Roger Griffin hat in den 1980er Jahren eine Debatte angestoßen, eine Kritik der Neuen Rechten, und da hat er plausibel argumentiert, dass es dabei Sinn macht, mit dem Begriff des Faschismus zu arbeiten.